

Main Article

Die Invasion Gazas durch Israel—Genozid oder Selbstverteidigung?

Rodolfo Valentino

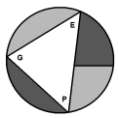
The preceding contribution in this volume of our journal concerns the English text of the same article translated by the author himself, who works for the European Institute for Migration and Social Inclusion (IEM) and Independent European Sociological Research Institute (EUROSOR).

Einführung

In dieser kleinen Studie wird aus kriegssoziologischer Sicht betrachtet, ob sich im Zuge der Invasion bzw. Offensive in Gaza, die der Staat Israel am 7. Oktober 2023 gestartet hat, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ereignet haben. Auf der Basis von veröffentlichten Berichten, Statistiken und Stellungnahmen internationaler Institutionen und großer Menschenrechts-NGOs soll diese zentrale Frage beantwortet werden oder zumindest aufgezeigt werden, wo Israel mit seinen Kriegshandlungen weltpolitisch und kriegssoziologisch „hintreibt“.

Berichterstattung in Gaza: Zwischen Information und Propaganda

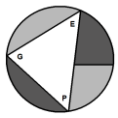
Seit dem 7. Oktober 2023 führen die Kampfhandlungen zwischen Israel und den bewaffneten palästinensischen Gruppen zu massiven zivilen



Verlusten und umfassender Zerstörung in Gaza. Laut des Gesundheitsministeriums von Gaza—das mit seinen veröffentlichten Zahlen stark in der Kritik steht, weil es von der Terrorgruppe Hamas kontrolliert wird—belaufen sich die Opferzahlen auf Zehntausende Tote und Hunderttausende Verwundete seit Beginn der Offensive (OCHA 2025).¹

Eine Vielzahl internationaler Akteure, u.a. UN-Organisationen und Menschenrechtsgruppen—die aufgrund ihrer Expertise vielleicht nicht genaue Zahlen, aber zumindest statistische Trends nachweisen können—gehen bei ihrer Bestimmung des Ausmaßes von Tod und Verwüstung im Gaza-Streifen auch von zehntausenden Toten und hunderttausenden Verwundeten aus. Sie gründen sich in ihren Berichten auf Augenzeugenberichten, Satellitenbildern, Videoanalysen und Interviews. Dabei gilt es als sicher, dass eine große Anzahl der Opfer Zivilisten sind, darunter viele Frauen und Kinder, so dass man trotz der Diskussion um Verifizierung und kriegspropagandistischer Verklärung durch Israel von einer humanitären Katastrophe in Gaza sprechen kann. Unter den wichtigsten Quellen finden sich:

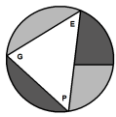
- (1) Das von der Hamas geführten Gesundheitsministerium in Gaza stellt regelmäßig Statistiken zur Verfügung, die von den Vereinten Nationen (UN) und ihren Unterorganisationen wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und UNICEF in ihren Berichten veröffentlicht und als die zurzeit verlässlichsten zur Verfügung stehenden Datenquellen betrachtet werden. Man muss aber an dieser Stelle beachten, dass die Daten nicht zwischen Zivilisten und Kämpfern unterscheiden. Es gibt dennoch viele UN-Beamte und unabhängige Analysten, die versichern, dass die vom



Ministerium in der Vergangenheit gemeldeten Gesamtzahlen von Todesopfern relativ genau sind.

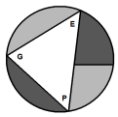
- (2) Die Vereinten Nationen (UN), u.a. das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), UNICEF und die WHO beziehen sich in ihren Berichten regelmäßig auf die Zahlen des Gesundheitsministeriums in Gaza. Sie analysieren diese Daten und veröffentlichen eigene Berichte, die oft detailliertere Aufschlüsselungen nach Alter und Geschlecht enthalten. So haben UN-Analysen beispielsweise ergeben, dass ein großer Prozentsatz der Todesopfer Frauen und Kinder sind.
- (3) Internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch veröffentlichen Berichte über spezifische Angriffe und die daraus resultierenden Opferzahlen. Ihre Recherchen basieren auf Augenzeugenberichten, Satellitenbildern, Videoanalysen und Interviews. Sie haben festgestellt, dass eine große Anzahl der Opfer Zivilisten, darunter viele Kinder, waren. Amnesty International hat zum Beispiel in einigen ihrer Berichte die Zahl der Toten bei spezifischen israelischen Angriffen dokumentiert und darauf hingewiesen, dass es keine Anzeichen für militärische Ziele gab.

Je nach Quelle zeigen die Zahlen unterschiedliche Dimensionen ohne das kriegssoziologische Etikett der humanitären Katastrophe außer Acht zu lassen:



Quelle	Getötete Palästinenser (insgesamt)
Gaza Health Ministry (Juli/August 2025)	~60.000–62.000 getötete Palästinenser. ²
Statista / identifizierte Todesopfer (bis Ende Juli 2025)	~ 61.158 Getötete. ³
Aufgeschlüsselte Opferstruktur	Von den identifizierten Todesfällen: etwa 31% waren Kinder unter 18. Männer im Alter 18-59 machen etwa 46%. ⁴
Lancet-Studie (bis Ende Juni 2024)	~ 64.260 Todesfälle durch traumatische Verletzungen. ⁵

An den veröffentlichten Statistiken von getöteten Zivilisten, v.a. von Frauen und Kindern übt Israels Regierung und viele Medien regelmäßig Kritik. Sie entgegnen, dass die meisten offiziellen Opferzahlen vom Gesundheitsministerium in Gaza, das von der Hamas kontrolliert wird, veröffentlicht werden. Sie argumentieren, dass diese Zahlen nicht neutral seien und dass Hamas ein Interesse habe, die zivilen Opferzahlen hoch darzustellen, um internationale Sympathie zu gewinnen. Außerdem würden sie nicht oder kaum zwischen "Zivilisten"



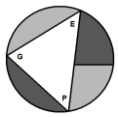
und "Kämpfern" unterscheiden und viele Kämpfer als Zivilisten mitzählen. Sie argumentieren, dass bei den "Kindern" unterschiedliche Altersdefinitionen (z. B. unter 18) dazu führen, dass auch 16- oder 17-Jährige, die möglicherweise bewaffnet waren, als "Kinder" in der Statistik auftauchen.

Dabei streiten sowohl Israels Regierung als auch die Militärs nicht ab, dass auch zivile Opfer getötet werden, sondern sprechen von einer unausweichlichen Realität. Sie beschuldigen Hamas, dass sie mit ihrer Taktik, militärische Infrastruktur in Wohngebieten zu verstecken, unvermeidlich zivile Opfer als Kollateralschäden in Kauf nehmen.

Obwohl eine genaue Verifizierung jeder einzelnen Opferzahl im Kriegsgebiet extrem schwierig ist, kann man von einer starken kriegssoziologischen Relevanz bei den Schätzungen von zehntausenden Toten und hunderttausenden Verwundeten im Gaza-Streifen sprechen, die von einer Vielzahl internationaler Akteure, darunter UN-Organisationen und Menschenrechtsgruppen, gestützt werden. Trotz der Debatten über die genaue Aufschlüsselung und Verifizierung der Zahlen, ist die humanitäre Katastrophe in Gaza und die große Zahl der Opfer, insbesondere unter der Zivilbevölkerung, eine soziale Realität, die von Experten anerkannt und dokumentiert wird.

Wissenschaftliche und Statistische Relevanz der Opferzahlen

Trotz der unterschiedlichen Interessen und weltpolitischen Konstellationen bei der Instrumentalisierung der Statistiken zu propagandistischen Zwecken, ist es in der Sozialforschung möglich, mit einer interdisziplinären Methode eine durchschnittliche statistische



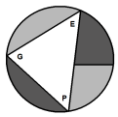
Annäherung bei den Opferzahlen in Gaza zu kalkulieren. Die Methode kombiniert Augenzeugenberichten, Satellitenbildern, unabhängige NGO-Daten und anderen Quellen miteinander, um eine ungefähre Statistik zu den Opfern—aufgeschlüsselt nach Männern, Frauen und Kindern—zu rekonstruieren.

Als Datenquellen dienen (1) Augenzeugenberichte, die Hinweise auf Opferzahlen und deren Alter bzw. Geschlecht geben. Sie sind oft fragmentarisch, subjektiv und schwer zu verifizieren; (2) Satellitenbilder, die die Identifizierung von zerstörten Gebäuden, Massengräbern oder Bewegungen von Zivilisten ermöglichen. Sie liefern jedoch keine direkten Infos zu Alter bzw. Geschlecht der Opfer; und schließlich Hilfsorganisationen (u.a. UN, Rotes Kreuz, Ärzte ohne Grenzen, lokale NGOs), die oft die belastbarsten Daten liefern, da sie teilweise direkten Zugang zu Krankenhäusern, Leichenhallen oder betroffenen Gemeinden haben.

Folgende Methoden zur Rekonstruktion werden dafür angewendet:

- Triangulation: Mehrere Quellen (z. B. NGO-Berichte + lokale Gesundheitsministerien + Medien) werden gegeneinander geprüft.
- Statistische Schätzung: Wenn etwa die Gesamtzahl der Toten bekannt ist, können Verteilungen nach Altersgruppen anhand von Krankenhausdaten oder Bevölkerungsstruktur hochgerechnet werden.
- Geospatiale Analysen: Durch Abgleich von Einschlagsorten und Bevölkerungsdichte lässt sich eine Opferwahrscheinlichkeit modellieren.

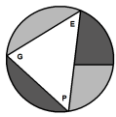
Dabei hat man mit großen Herausforderungen zu kämpfen, wie:



- Zugangsbeschränkungen: In Konfliktgebieten wie Gaza ist der Zugang zu Krankenhäusern, Archiven oder Friedhöfen stark begrenzt.
- Manipulationsgefahr: Offizielle Angaben von Kriegsparteien können propagandistisch verzerrt sein.
- Unvollständigkeit: Viele Opfer werden nie registriert, besonders in eingestürzten Gebäuden.
- Kategorisierung: "Kind" wird in Statistiken teils unterschiedlich definiert (unter 14, unter 16, unter 18).

Diese Methode lässt trotz erheblicher Störfaktoren und Manipulationsversuchen Rückschlüsse auf statistische Tendenzen zu, die für die Klassifizierung dieses Konflikts als zivile Verluste oder Völkermord entscheidend sein können. So wenden wichtige Institutionen und Organisationen diese Methode an und kommen auf ähnliche Ergebnisse: die UN OCHA und UNICEF verwenden lokale Ministeriumsangaben, prüfen diese mit Krankenhaus- und NGO-Daten, gleichen sie mit Bevölkerungsstatistik ab und veröffentlichen dann konsolidierte, sozial relevante Opferzahlen, die aber trotz allem schwanken können.

NGOs wie Airwars⁶ nutzen Satellitenbilder und Augenzeugenberichte, um zivile Opfer bei Luftangriffen zu dokumentieren und zu klassifizieren. Daraus ergeben sich zwei der glaubwürdigsten Schätzungen bzw. Studien zu den Opferzahlen im Gaza-Konflikt seit Oktober 2023, mit einer realistischen Spannweite (Mittelwert + Fehlerbreite) und basierend auf den verfügbaren Daten:



- A. Health Ministry (MoH) Gaza via OCHA/UN:** Zwischen dem 7. Oktober 2023 und Mitte Juli 2025 meldet das Gesundheitsministerium ca. 58.573 Todesopfer in Gaza. Nach Kategorien:

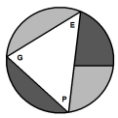
Kategorie	Geschätzte Zahl der Todesopfer	Prozentualer Anteil an allen Todesopfern
Kinder	17.921	31%
Frauen	9.497	16%
Männer	26.655	46%
Ältere Menschen	4.307	7%

Quelle: www.un.org/unispal/document/ocha-humanitarian-situation-update-306-gaza-strip ⁷

- B. Die Lancet-Studie (bis Ende Juni 2024):** Diese unabhängige wissenschaftlich basierte Analyse geht von 64.260 Todesopfern durch traumatische Verletzungen aus:

Kategorie	Geschätzte Zahl der Todesopfer	Prozentualer Anteil an allen Todesopfern
Frauen, Kinder und ältere Menschen	37.977	59%
Männer	26.283	41%

Quelle: www.un.org/unispal/document/ocha-humanitarian-situation-update-306-gaza-strip ⁸

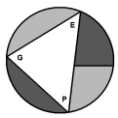


Wenn man bedenkt, dass diese Zahl etwa 40% höher ausfällt als die, die das Gesundheitsministerium "Health Ministry (MoH) Gaza via OCHA / UN" offiziell zum gleichen Zeitpunkt meldete—37.877 geschätzte Todesopfer—ist der Vorwurf, dass ihre Zahlen prinzipiell gefälscht sind, nicht mehr haltbar.⁹

Soziologische Analyse zur Einstufung des Gaza-Konfliktes als Völkermord (Genozid), Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen

Die vorliegende soziologische Analyse versucht der Frage auf den Grund zu gehen, ob sich im Zuge der Invasion bzw. Offensive in Gaza, die der Staat Israel am 7. Oktober 2023 gestartet hat, Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ereignet haben oder ob das militärische Vorgehen insgesamt oder in Teilen als Genozid definiert werden kann. Weisen die Handlungen der israelischen Behörden oder Streitkräfte im Gaza-Konflikt die Elemente von Genozid (Völkermord), Verbrechen gegen die Menschlichkeit, oder Kriegsverbrechen auf?

Wenn man den Fakten, Statistiken und Expertenmeinungen der UN-Gremien wie das Büro der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) und das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) sowie der NGOs wie Human Rights Watch (HRW) oder Amnesty International, aber auch der seit März 2021 laufenden Untersuchung des Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Den Haag zur "Lage im Staat Palästina" Glauben schenken mag, bestehen starke Hinweise, dass mehrere Handlungen im Gaza-Konflikt Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen können. Der letzte



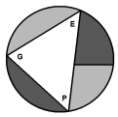
Vorwurf hängt entschieden davon ab, ob die Kriegshandlungen Bestandteil eines organisierten, weitverbreiteten Angriffs sind.

Viele große Menschenrechtsorganisationen und die UN in ihren Untersuchungen sehen darüber hinaus Indizien, um die Genozid-Vorwürfe als möglicher Tatbestand zu untermauern, deren Dimensionen aber in Einzel- oder Kollektivtaten heruntergebrochen werden müssen. Eine rechtsverbindliche Feststellung dieser schwerwiegendsten Kategorie darf indes nur ein internationales oder nationales Gericht treffen.

Die Israelische Militäroperation—Überreaktion oder Strategie?

Es lässt sich kaum bestreiten, dass sich das militärisches Vorgehen im Gaza-Konflikt durch eine beispiellose Intensität auszeichnet, die zu hohen zivilen Opferzahlen, zur nahezu vollständigen Zerstörung der Infrastruktur und zu einer akuten humanitären Katastrophe geführt hat. Es gibt Anzeichen dafür, dass Israel in diesem Konflikt die Wertegemeinschaft der stark im okzidental Denken der Aufklärung und der Just War Theory verwurzelten humanen Kriegsführung nicht mehr anwendet und sich faktisch und moralisch außerhalb davon bewegt. Allerdings sind im Völkerrecht verankerten Normen (die rechtlichen Regeln, wie Art. 8 des Römischen Statuts oder die Genfer Konventionen) universell völkerrechtlich verbindlich und bilden heute den Maßstab, an dem das militärische Vorgehen jedes Staates—ob okzidental oder nicht—gemessen wird.

Die Diskrepanz zwischen dem anerkannten Recht Israels auf Selbstverteidigung (Art. 51 UN-Charta) und der zwingenden Einhaltung des Humanitären Völkerrechts (IHL), insbesondere der Grundsätze der

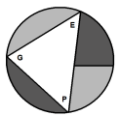


Unterscheidung und der Verhältnismäßigkeit, zeigt ein klares Übergewicht auf der Seite der gezielten Zerstörung und Verwüstung des Gazastreifens. Die Frage, ob das Ausmaß und die Art der israelischen Gegenmaßnahmen die Schwelle zu internationalen Verbrechen überschritten worden ist, lässt sich leicht mit den Konsequenzen für die Menschen in Gaza beantworten.

- *Massenvertreibung und Wohnsituation*

Als soziale Tatsache kaum abzuweisen ist, dass die fast die gesamte Bevölkerung mehrmals vertrieben wurde. Mehr als 2,3 Millionen Einwohner des Gazastreifens wurde seit Beginn der Militäroperation mehrfach "hin und her gescheucht", als wäre ein Umzug im Kriegstreiben eine einfache Angelegenheit und die 5 bis 10 Minuten ausreichend, um Kinder und Kranke zu mobilisieren. Die Menschen werden meist in den Süden (insbesondere Rafah) getrieben, der zeitweise als "sichere Zone" deklariert wurde.

Ein andere unmenschliche Tatsache der israelischen Kriegsführung ist die Überfüllung der Notunterkünfte. Die Vertriebenen sind in extrem überfüllten provisorischen Zelten, behelfsmäßigen Lagern und UN-Einrichtungen untergebracht. Die Lager sind hoffnungslos überfüllt, was zu unhygienischen Bedingungen führt. Zur Vertreibung gesellt sich die Zerstörung von Wohnraum, wonach ein Großteil des gesamten Wohnraums im Gazastreifen (teilweise über 60%) stark beschädigt oder vollständig zerstört wurde. Dies macht eine Rückkehr in weite Teile des Gebiets auf absehbare Zeit unmöglich.

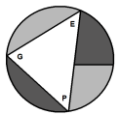


- *Zusammenbruch des Gesundheitswesens*

Man kann empirisch nicht mehr davon ausgehen, dass sich die Besatzungsmacht Israel an dem Wohl der Kranken und Verletzten orientiert. Das Gesundheitssystem in Gaza ist praktisch zusammengebrochen und kann die medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleisten. Auch Schwerkranke können nicht mehr ausreichend versorgt werden, so dass viele ohne angemessene Pflege sterben müssen. Die Funktionsfähigkeit der Krankenhäuser ist nicht mehr gegeben, weil die meisten Krankenhäuser in Gaza aufgrund von Zerstörung, mangelndem Treibstoff (für Generatoren), fehlendem Sauerstoff und fehlendem medizinischen Personal nicht mehr funktionsfähig sind. Die wenigen verbliebenen Kliniken sind massiv überlastet und ständig von neuen Angriffen der israelischen Armee bedroht.

Hinzu kommt ein gravierender Mangel an Medikamenten und medizinischer Ausrüstung. Es fehlen Anästhetika, Antibiotika und Impfstoffe. Die meisten Operationen müssen oft unter primitivsten Bedingungen ohne ausreichende Betäubung durchgeführt werden. Als Folge breiten sich Krankheiten aus. Denn die Kombination aus schlechter sanitärer Versorgung und Überfüllung und Mangel an sauberem Wasser führt zu einer rapiden Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie Durchfall, Hepatitis A, Atemwegsinfektionen und Hautkrankheiten, die aufgrund des geschwächten Immunsystems in den meisten Fällen tödlich enden.

Obwohl es keine eindeutigen Beweise dafür gibt, dass Israels Armee und die involvierten staatlichen Stellen die Palästinenser als "lebensunwert" oder "minderwertig" einstufen, weil die ethische Aufgabe der medizinischen Versorgung auf sie nicht oder nur in geringem Maße



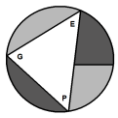
angewendet wird, bewegt sich Israel in diesem Falle außerhalb des okzidentalischen Denken der Aufklärung und der in der Just War Theory verwurzelten humanen Kriegsführung.

- *Akuter Nahrungsmittel- und Wassermangel*

Auch der akute Mangel an lebensnotwendigen Gütern und die von Israel dadurch instrumentalisierte oder zumindest als Nebeneffekt akzeptierte Aushungerung der Bevölkerung kann empirisch nicht mehr darauf hindeuten, dass sich die Besatzungsmacht Israel hier an den Schutz oder Wohl der zivilen Bevölkerung orientiert. Internationale Gerichte haben diese Situation bereits als gravierendes Problem anerkannt und mit juristischen Konsequenzen "gedroht".

Doch wie sieht die Situation zurzeit aus? Weite Teile der Bevölkerung, v.a. im Norden des Gazastreifens, sind von akuter Unterernährung betroffen und stehen am Rande einer Hungersnot. Die IPC-Analyse (Integrated Food Security Phase Classification) stuft die Situation als Phase 5 (Katastrophe) ein und prangert v.a. den Mangel an adäquater Ernährung für Säuglinge und Kleinkinder an, wodurch sich die Kinder- und Säuglingssterblichkeit stark erhöht hat. Dieses absichtliche oder als Nebeneffekt akzeptierte Aushungern von Kindern und Säuglingen kann bereits als Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und unter bestimmten Umständen sogar als Völkermord klassifiziert werden.

Hinzu kommen die Zerstörung oder Disfunktionalität der Wasserversorgungssysteme und Abwasseraufbereitungsinstallationen, die die Menschen in Gaza dazu zwingen, verschmutztes oder salzhaltiges Wasser zu trinken und die Ausbreitung von Krankheiten weiter fördert.



Nach internationaler Einschätzung liegt der Zugang zu sauberem Trinkwasser weit unter den humanitären Mindeststandards.

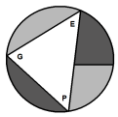
Zwischen Internationaler Verantwortung und Doppelmoral

Obwohl die konkrete juristische Einordnung von den Beweisen für Kriegsverbrechen und der Absicht der Täter im Sinne von Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit erst nach dem Krieg in seiner Vollständigkeit ersichtlich sein wird, müsste die internationale Gemeinschaft nach Meinung vieler Experten bei den bereits vorliegenden unumstößlichen Beweisen das humanitäre Völkerrecht anwenden und in der einen oder anderen Form intervenieren.

Die zentrale Frage ist, ob die Handlungen der israelischen Behörden oder Streitkräfte im Gaza-Konflikt erst von einem internationalen Gerichtshof als Genozid (Völkermord), Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen gemäß internationalem Recht klassifiziert werden müssen, nachdem das Verbrechen vollständig ausgeführt wurde, oder ob man aufgrund der unumstößlichen Beweise für die Zerstörung der Lebensgrundlage des palästinensischen Volkes, das Aushungern der Zivilbevölkerung und die gezielte oder zumindest akzeptierte (Mit-)Tötung von Zivilisten bereits militärische, wirtschaftliche oder politische Aktionen gegen Israel starten könnte.

- Moralische Entkoppelung, Dehumanisierung und Kriegsverbrechen

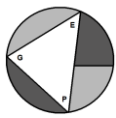
Die Kriegsverbrechensvorwürfe gegen Israel im Gazastreifen gründen sich auf das nationale Humanitäre Völkerrecht (IHV). Dabei werden



primär mutmaßliche Verletzungen der vier Grundpfeiler des IHV: das Unterscheidungsprinzip, das Verhältnismäßigkeitsprinzip, das Verbot wahlloser Angriffe und das Verbot der Kollektivbestrafung betrachtet, die u.a. in den Genfer Konventionen und Zusatzprotokoll I verankert sind und zentrale Pfeiler des Kriegsvölkerrechts darstellen:

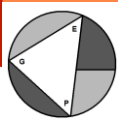
a) Das **Prinzip der Unterscheidung** besagt, dass militärische Ziele von Zivilisten und zivilen Objekten getrennt werden müssen:

Konkreter Vorwurf	Völkerrechtliche Grundlage	Details der Anschuldigung
Angriffe auf zivile Objekte	Art. 52 ZP I; Römisches Statut (Art. 8(2)(b)(ii))	Mutwillige Bombardierung und Zerstörung von ziviler Infrastruktur wie Wohngebäuden, Krankenhäusern, Schulen, Universitäten und Moscheen, ohne dass diese unmittelbar militärisch genutzt wurden.
Gezielte Tötung von Zivilisten	Art. 51 ZP I; Römisches Statut (Art. 8(2)(a)(i))	Berichte über die Tötung von Zivilisten, die keine direkte Teilnahme an Feindseligkeiten hatten, einschließlich dokumentierter Fälle von Scharfschützenbeschuss auf unbewaffnete Personen.



b) Die **Vorwürfe zur Blockade und Aushungerung** beziehen sich auf die Kriegsführung des Krieges in Bezug auf die Zivilbevölkerung, einerseits (1) das absichtliche Vorenthalten von Überlebensmitteln (Kriegsverbrechen) und andererseits die (2) Kollektivbestrafung für Handlungen von Einzelpersonen:

Konkreter Vorwurf	Völkerrechtliche Grundlage	Details der Anschuldigung
Aushungern als Kriegsmethode	Art. 54 ZP I; Römisches Statut (Art. 8(2)(b)(xxv))	Die weitgehende und andauernde Blockade von Nahrungsmitteln, Wasser, Treibstoff und Medikamenten (insbesondere im Norden des Gazastreifens), die zu einer Hungersnot führt. Israel wird vorgeworfen, die humanitäre Hilfe bewusst zu verlangsamen oder zu behindern.
Angriffe auf Hilfslieferungen/Helfer	Art. 70 ZP I; Allgemeine Schutzbestimmungen	Angriffe auf Konvois humanitärer Hilfe oder deren Begleitpersonal (z.B. Mitarbeiter von World Central Kitchen), oft trotz vorheriger Koordinierung (de-confliction).
Strafmaßnahmen gegen Bevölkerung	Art. 33 der IV. Genfer Konvention	Die oben genannten Blockaden und Zerstörungen werden als unzulässige Bestrafung der gesamten Bevölkerung Gazas für die Taten der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen interpretiert.

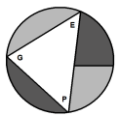


c) **Angriffe auf medizinische Einrichtungen:** Medizinische Einrichtungen genießen einen besonderen Schutz, solange sie nicht zur Begehung feindlicher Handlungen außerhalb ihrer humanitären Funktion genutzt werden:

Konkreter Vorwurf	Völkerrechtliche Grundlage	Details der Anschuldigung
Angriffe auf Krankenhäuser	Art. 18 der IV. Genfer Konvention; Römisches Statut (Art. 8(2)(b)(ix))	Militärische Angriffe oder die Stürmung von Kliniken (z.B. Al-Shifa, Nasser), wobei behauptet wird, die Hamas nutze diese als Kommandozentralen. Die humanitäre Ausnahme des Schutzes muss eng ausgelegt werden: Israel muss klare Warnungen aussprechen und unzweideutige Beweise vorlegen, bevor es ein Krankenhaus angreift.
Mangelnde Evakuierungssicherheit	Art. 19 IV. GK	Zwangsevakuierungen von Krankenhäusern ohne die Gewährleistung sicherer Transportmittel und Aufnahme in anderen geschützten Einrichtungen.

- *Der Völkermord-Vorwurf (Genozid)*

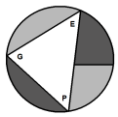
Obwohl Völkermord ein eigenständiges Verbrechen ist, das eine spezifische Zerstörungsabsicht voraussetzt (*Dolus Specialis*), werden viele der oben genannten Kriegsverbrechen als Handlungen betrachtet, die Teil des Völkermord-Vorwurfs sein können. Ihre Völkerrechtliche Grundlage ist in Art. II der Völkermordkonvention; Art. 6 Römisches Statut, verankert. Es umfasst Handlungen wie Tötung oder Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden,



die in der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören. Die Handlungen (Tötungen, massive Zerstörung, Aushungern) sind nicht nur Kriegsverbrechen, sondern Handlungen, die mit der Absicht ausgeführt werden, die palästinensische Bevölkerung in Gaza ganz oder teilweise zu eliminieren.

Laut Definition stellen Kriegsverbrechen schwere Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts (IHL, Art. 8 des Römischen Statuts des ICC) dar. Die relevante Tatbestände in Gaza sind:

- Unverhältnismäßige Angriffe (Verstoß gegen den Grundsatz der Proportionalität): Ein Angriff ist verboten, wenn der zu erwartende zivile Verlust in keinem Verhältnis zu dem erwarteten konkreten militärischen Vorteil steht. Die hohe Zahl getöteter Zivilisten in Gaza legt den Verdacht unverhältnismäßiger Kriegsführung nahe.
- Angriffe auf zivile Objekte: Die gezielte Zerstörung von Wohngebäuden, Krankenhäusern (sofern sie nicht unmittelbar militärisch genutzt werden), Schulen und Kultureinrichtungen.
- Die gezielte Aushungern von Zivilisten (Art. 8(2)(b)(xxv)): Die Behinderung oder Blockade der lebensnotwendigen Versorgung mit Nahrung, Wasser und Medikamenten, die zur gezielten Schädigung der Zivilbevölkerung führt. Die Anklagebehörde des ICC hat diesbezüglich Ermittlungen eingeleitet.



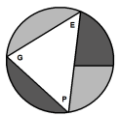
- *Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Crimes against Humanity)*

Diese Art von Verbrechen (Art. 7 Röm. Statut) werden nicht nur im Rahmen eines bewaffneten Konflikts begangen. Um als solches definiert werden zu können, müssen als Teil eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung erfolgen. Hierbei ist entscheidend, dass die Handlungen eine staatliche oder organisatorische Politik verfolgen und nicht bloße Einzelakte darstellen. Sie zeigen sich konkret an Tatbeständen, die die Ausrottung und/oder Vertreibung als Ziel haben:

- Ausrottung: Das vorsätzliche Auferlegen von Lebensbedingungen, die auf die Zerstörung eines Teils der Bevölkerung abzielen.
- Vertreibung/Deportation: Die erzwungene Massenverlegung von Zivilisten aus ihrem Aufenthaltsgebiet ohne völkerrechtliche Rechtfertigung. Die Anordnung Israels zur Evakuierung des Nordens und die mehrfache Verdrängung von Hunderttausenden Zivilisten im Gazastreifen könnten unter diesen Tatbestand fallen.

Humanitäre Katastrophe und Mediale Darstellung

Die massiven Zerstörungen in Gaza führen zur Genese von Gewalt und Traumata über Generationen hinweg, was die Aussichten auf eine friedliche Lösung nachhaltig untergräbt. Die weltweite Debatte um die Einhaltung des IHL in Gaza hat zudem zur Erosion des internationalen Vertrauens in die Rechtsstaatlichkeit und die Konsistenz internationaler Normen beigetragen. Der Konflikt zwischen der Hamas und Israel hat gezeigt, welche Schwachstellen und Grenzen die Überwachung der Menschenrechtslage durch internationale

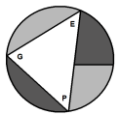


Institutionen, aber auch welche Chancen die moderne Informations- und Kommunikationsgesellschaft haben, um mögliche Missstände und Kriegsverbrechen aufzudecken und die vermeintlichen Schuldigen beim Namen zu nennen.

Andererseits hat es aber offengelegt, wie ein hochgerüsteter Staat wie Israel seine unverhältnismäßig harte Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung—in Form von direkten Angriffen auf Zivilisten oder Krankenhäuser, massiver Zerstörung ziviler Infrastruktur, erzwungenen Vertreibungen, Behinderung humanitärer Hilfe, Tötungen von Frauen und Kindern und Entzug lebensnotwendiger Güter—bei den meisten politischen und wirtschaftlichen "Global Playern" medial öffentlich als Angriffe gegen "Terroristen" bzw. "Kollaborateure" oder als Kollateralschäden hochstilisieren und "verkaufen" konnte.

- *Der Staat Israel—Zwischen politisch-medialer Opferinszenierung und Genozid-Vorwürfen*

Der anhaltende Konflikt zwischen Israel und der Hamas hat nicht nur eine militärische, sondern vor allem eine symbolische und kommunikative Dimension. Seit den Angriffen der Hamas im Oktober 2023 und den darauffolgenden massiven israelischen Militäraktionen in Gaza überlagern sich konkurrierende Narrative, moralische Deutungen und emotionale Mobilisierungen. Die israelische Selbstinszenierung als Opfer einer terroristischen Bedrohung steht im Spannungsfeld zu Berichten über tausende zivile Opfer, die durch die anhaltenden Angriffe in Gaza zu beklagen sind. Parallel dazu hat sich eine globale Protestbewegung aus Privatpersonen, NGOs und zivilgesellschaftlichen

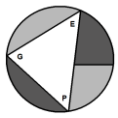


Initiativen gebildet, die auf die Einhaltung des humanitären Völkerrechts drängt und Kriegsverbrechen anprangert (Vgl. Ambos 2024; Schulz 1976).

In soziologischer Hinsicht präsentiert sich der Konflikt als ein Kampf um Deutungsmacht in einer mediatisierten, global vernetzten Öffentlichkeit. Die israelische Regierung und große Teile der israelischen Medien setzten unmittelbar nach den Angriffen der Hamas auf ein stark emotionalisiertes Opfer- und Sicherheitsnarrativ und betonten die Traumatisierung der israelischen Bevölkerung, die Bedrohung durch Terrorismus und die Notwendigkeit von Selbstverteidigung. Durch selektive Hervorhebung bestimmter Aspekte—etwa Brutalität der Angriffe, Entführungen, Angst und nationale Einheit—wird ein Deutungsrahmen geschaffen, der militärische Gegenmaßnahmen moralisch legitimiert. Medienwissenschaftlich lässt sich dieses Vorgehen als strategische Inszenierung von Verletzlichkeit interpretieren. Staaten nutzen solche Kommunikationsstrategien, um Sympathie, Legitimität und internationale Unterstützung zu gewinnen.

In westlichen Staaten, insbesondere in Europa und Nordamerika, wirken dabei historische Schuld- und Solidaritätsmotive fort, die das israelische Sicherheitsnarrativ zusätzlich stützen. Diese Form der Selbstinszenierung führt jedoch zu einer asymmetrischen Sichtbarkeit: Während israelisches Leid zentral in westlichen Leitmedien platziert wird, erscheinen palästinensische Opfer häufig erst sekundär oder im Kontext militärischer Rechtfertigungen. Dadurch reproduziert sich eine strukturelle Ungleichheit in der medialen Repräsentation, die auch auf die globale Wahrnehmung des Konflikts wirkt. (Vgl. Bartov 2024)

Parallel zur israelischen Opferdarstellung entwickelte sich ein zweites, gegenläufiges Narrativ, das von humanitären Organisationen, lokalen

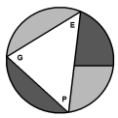


Journalisten/-innen und transnationalen Aktivist:innen getragen wird. Die Bilder zerstörter Stadtviertel, verletzter Kinder und überfüllter Krankenhäuser erzeugen eine emotionale Gegenöffentlichkeit, in der die israelische Kriegsführung als unverhältnismäßig, kolonial und völkerrechtswidrig kritisiert wird. Dieses humanitäre Gegen-Narrativ basiert auf visueller Evidenz und Empathie. Digitale Plattformen spielen dabei eine zentrale Rolle: Über soziale Medien werden Videos und Augenzeugenberichte direkt verbreitet, wodurch klassische Gatekeeper-Funktionen der etablierten Medien umgangen werden. Dadurch entsteht eine neue Form globaler Zeugenschaft, die der israelischen Deutungshoheit zunehmend Konkurrenz macht.

Gleichzeitig zeigt sich hier eine Dynamik, die in der Soziologie der Mediengesellschaft häufig diskutiert wird: Der Wettbewerb um Aufmerksamkeit führt zu einer moralischen Ökonomie der Bilder, in der Leid zum politischen Kommunikationsmittel wird. Diese Emotionalisierung kann einerseits Mobilisierung befördern, andererseits aber auch zu Polarisierung und moralischer Erschöpfung führen (Vgl. Asseburg/Busse 2024).

- *Transnationale Protestbewegungen und ihre Wirkung*

Die weltweiten Proteste gegen die Gewalt in Gaza markieren eine neue Phase der zivilgesellschaftlichen Globalisierung, in der NGOs, Menschenrechtsorganisationen, Studierendenbewegungen und diasporische Netzwerke in einem transnationalen Kommunikationsraum agieren, moralische Ansprüche formulieren und politische Verantwortlichkeit einfordern. Charakteristisch ist die Hybridität dieser Protestformen, weil sie physische Demonstrationen mit digitaler Mobilisierung sowie juristische Interventionen mit symbolischen Aktionen verbind. Die Proteste in Berlin,

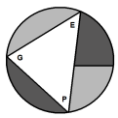


London, New York oder Kapstadt stehen miteinander in Verbindung, teilen Hashtags, Bildsprache und moralische Appelle, so dass eine "digitale Öffentlichkeit der Empörung" entsteht, die auf unmittelbare emotionale Reaktionen setzt und zugleich aber auch normative Forderungen nach Rechenschaft und internationaler Gerechtigkeit artikuliert.

Dieser Ausdruck globaler Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung sieht sich in westlichen Staaten aber auch häufig mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert, womit man je nach politischer Couleur oder Umfeld diesen Protest legitimieren oder delegitimieren kann. Während die israelische Selbstinszenierung als Opfer die Sicherheitslogik untermalt, aktiviert das palästinensische Leid die Menschenrechtslogik. Beide Narrative sind moralisch aufgeladen und emotional wirksam, wobei die politische Legitimität in der Informations- und Kommunikationsgesellschaft nur noch davon abhängt, welches dieser Deutungsmuster die öffentliche Aufmerksamkeit dominiert (Vgl. Dor 2004/2005, Hafez/Tröger 2024, Hassen 2024, Mey/Bax 2024, Swoboda 2024).

Zwischen Trümmern und Zukunft—Ein Ausblick

Die aktuelle Waffenruhe in Gaza, die in den letzten Wochen in Kraft getreten ist (Stand Ende Oktober 2025) ist nach den jüngsten Meldungen eine sehr fragile. Die Waffenruhe und der gebrechliche Frieden in der Region gründet auf einen US-Friedensplan, der u.a. einen Truppenrückzug Israels aus dem Gazastreifen, die Freilassung israelischer Geiseln durch die Hamas und die Freilassung palästinensischer Gefangener durch Israel vorsieht. Die Hamas hat bereits einen Teil der lebenden und toten Geiseln an Israel übergeben. Die vollständige Freilassung der Geiseln ist ein



zentraler Bestandteil des Abkommens. Im Gegenzug hat Israel zugestimmt, palästinensische Gefangene freizulassen, darunter auch solche mit Verbindungen zur Hamas oder anderen militanten Gruppen.

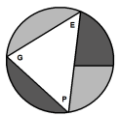
Aktuelle Lage

Währenddessen bleibt die humanitäre Lage im Gazastreifen katastrophal. Die Infrastruktur ist weitgehend zerstört, und die Bevölkerung leidet unter extremem Mangel an Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten und Strom. Hilfslieferungen sind in den letzten Wochen angelaufen, aber oft unzureichend und wurden zwischenzeitlich von Israel gestoppt, mit der Begründung, dass die Hamas die Waffenruhe verletzt habe. Tatsächlich bleibt die Sicherheitslage im Gazastreifen unübersichtlich, weil die Terrorgruppe Hamas zwar geschwächt ist, aber weiterhin als stärkste Kraft vor Ort gilt. Das international anerkannte Ziel und wichtiger Punkt des Friedensplans ist die dauerhafte Stabilisierung des Küstenstreifens und die Entwaffnung der Hamas. In dem Zusammenhang wird über die Entsendung einer Schutztruppe unter UN-Mandat diskutiert.

Wichtige Fragen zur langfristigen Zukunft und Absicherung des Gazastreifens bleiben indes offen. Dafür ist die Situation zu dynamisch und kann sich von einem Moment zum anderen schnell ändern, wobei der brüchige Waffenstillstand und die katastrophale humanitäre Situation die wichtigsten Aspekte sind.

Soforthilfen und Empfehlungen

Die Waffenruhe eröffnet ein kurzes Fenster für Hilfe und Wiederaufbau, ist aber nicht gleichbedeutend mit Heilung. In Einem sind sich die Experten/-

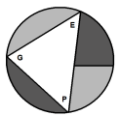


innen aber einig: Wiederaufbau ist nicht nur bauliche Arbeit, sondern auch soziales Engineering mit notwendigen massiven und koordinierten Investitionen in das Gesundheitssystem, die psychosoziale Betreuung, die politische Partizipation und sichere territorial festgelegte Grenzen, sonst drohe die Reproduktion von Gewalt und Trauma. Die wiederkehrenden Verletzungen des Abkommens, geschlossene Grenzen und ungeklärte Fragen zu Entwaffnung, Governance und Rückführung von Toten bzw. Häftlingen können wieder den Rückfall zu Gewalt begünstigen.

Sowohl die materielle Zerstörung—Schätzungen liegen bei 70 Mrd. Dollar Wiederaufbaubedarf—als auch die massive Traumatisierung, mit sehr hohen PTSD- und Depressionsraten v.a. bei Kindern, bilden das langfristige Fundament für einen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bruch zwischen Israelis und Palästinensern. Ohne groß angelegte, politisch abgesicherte, partizipative und längerfristige Maßnahmen drohen chronische Armut, Fragmentierung der Zivilgesellschaft, anhaltende Traumafolgen über Generationen und eine Region, die erneut instabil werden kann.¹⁰

- *Psychosoziale Probleme und ihre Folgen*

Eine der größten Folgen wird die Traumatisierung und soziale Reproduktion von Leid sein: Kinder mit unbehandelten Traumafolgen zeigen schlechtere Lern- und Sozialkompetenzen, was langfristig soziale Ungleichheit und politische Radikalisierungstendenzen vergrößert. Dazu gesellt sich der Verlust von sozialem Kapital wie die Zerstörung von Nachbarschaftsnetzwerken, NGOs, Schulen und Gesundheitszentren, die zwangsläufig zu kollektiven Vertrauensschwund und Verlust von kollektiver Handlungsfähigkeit führt. All das hat Konsequenzen für die Geschlechterdynamik in einer Gesellschaft, in der die Frauen ohnehin die Care-Hauptlast tragen müssen und als nicht sozial



gleichberechtigt gelten. Obwohl der Wiederaufbau große Jobchancen bieten kann, könnten konservative Rückschläge und Gewalt gegen Frauen zunehmen, wenn keine Schutzsysteme aufgebaut werden. Gleichzeitig werden Migration und Flucht die demographische Entwicklung des Gazastreifens verändern.¹¹

- *Konkrete Empfehlungen für Policy & Praxis*

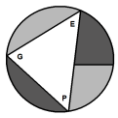
(1) Sofortmaßnahme: humanitärer Zugang und Schutz in Form von garantierten, überwachten Korridoren; Entminung und Bergung von Toten zur sozialen Vertrauensförderung.¹²

(2) Kurzfristige Maßnahmen: psychische Gesundheits- & Rehabilitationsdienste in Form von mobilen Teams, schulbasierten Programme, Trainings für lokale Fachkräfte; mit Priorität auf kinder- und familienzentrierte Interventionen.¹³

(3) Mittel- bis langfristige Maßnahmen: Partizipativer Wiederaufbau-Mechanismus in Form von Fonds mit transparenten Bedingungen, Mandat zur Einbindung palästinensischer Forscher und Planer, Mechanismen gegen Korruption und Beschäftigungsprogramme gekoppelt an Wiederaufbau in Form von kurzfristigen Cash-for-Work und Qualifizierungsmaßnahmen für handwerkliche Berufe (Bau, Elektrik, Sanitär, etc.).

(4) Langfristige Versöhnungs- und Bildungsprogramme: Traumapädagogik in Schulen, kulturelle Initiativen zur Rekonstruktion sozialen Vertrauens sowie im Bereich Forschung & Monitoring langfristige Kohortenstudien zu Traumafolgen, zur Wirkungskontrolle von Hilfsprogrammen und zu transparenten Datenplattformen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die politische Sicherheit, Finanzierung und die Einbindung lokaler Expertise die drei nicht-



austauschbaren Bedingungen sind, damit ein optimistisches Szenario für die Zukunft der Region möglich wird.¹⁴

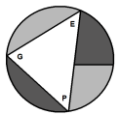
Abschließende Bemerkungen: Die Verschiedenen Szenarien

Ein optimistisches Szenario—Ein Weg zu Wiederaufbau und Resilienz

Dieses optimistische Szenario gründet sich auf die erfolgreiche Kombination aus einer stabilen Waffenruhe, multilateralen Finanzierung und lokal-partizipativen Planung, wobei eine strenge Transparenz in der Mittelverwendung, die aktive Einbindung palästinensischer Akteure auf allen Ebenen und ein wirksamer Schutz vor politischer Instrumentalisierung der Hilfen die Hauptbedingungen darstellen.

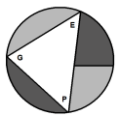
In einer ersten Phase (0–2 Jahre) liegt der Fokus auf der humanitären Stabilisierung, d.h. dass eine stabile Waffenruhe sofort einen gesicherten humanitären Zugang für Hilfsorganisationen bietet. Die dringendste Notlage der Bevölkerung wird durch die schnelle Errichtung von Notunterkünften und die Sicherstellung der Grundversorgung (Wasser, Nahrung, etc.) gelindert. Parallel dazu beginnt die Bewältigung des massiven kollektiven Traumas durch die Bereitstellung von mobilen psychologischen Gesundheitsdiensten, die psychosoziale Soforthilfe direkt in den zerstörten Gemeinden leisten und so die ersten Schritte zur psycho-emotionalen Stabilisierung der Zivilbevölkerung ermöglichen.

In einer zweiten mittelfristigen Phase (2–6 Jahre) sichern die internationalen Finanzmittel und die lokale Planung den gezielten Wiederaufbau der Region und die Wiederherstellung kritischer Infrastruktur, mitunter die



Instandsetzung von Wasser- und Sanitärsystemen, die Wiedereröffnung und Modernisierung von Gesundheitszentren sowie der Neubau von Schulen. Im sozioökonomischen Kontext braucht die Bevölkerung eine gesicherte Existenzgrundlage, wofür die lokale Wirtschaft angekurbelt, lokale Beschäftigungsprogramme (z. B. "Cash-for-Work") ins Leben gerufen, die Arbeitssuchende direkt in die Wiederaufbauprojekte eingebunden werden müssen. Gleichzeitig wird die psychosoziale Betreuung vertieft, wobei die mobilen Dienste zu groß angelegten Traumafolgenprogrammen ausgebaut werden, die in das öffentliche Gesundheits- und Bildungswesen integriert sind, um die langfristigen Auswirkungen des Konflikts zu mindern und die soziale Resilienz der Gemeinschaft zu stärken.

In der letzten längerfristigen Phase (6–15 Jahre) zeigt sich der Erfolg des Wiederaufbauansatzes: die gesicherte Infrastruktur und die verbesserte Sicherheitslage führen zur Rückkehr vieler Geflüchteter in ihre revitalisierten Heimatgemeinden. Die gestärkte soziale Resilienz und die Kohäsion der durch die Bürgerbeteiligung aktivierten lokalen Akteure bilden die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen. Obwohl eine abschließende, umfassende politische Lösung für den Konflikt offen bleibt, führt die Stabilität und wirtschaftliche Erholung zu einer graduellen politischen Normalisierung im Alltag. Dies äußert sich in einer verringerten Anzahl von Restriktionen und einer gestärkten Autonomie der palästinensischen zivilen Institutionen. Die strikte Einhaltung von Transparenz und der Fokus auf die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung sorgen dafür, dass die erzielten sozialen und wirtschaftlichen Fortschritte nachhaltig sind und nicht durch politische Instrumentalisierung untergraben werden.

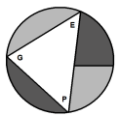


Das mittlere Szenario—Fragile Stabilität und chronische Unsicherheit

Dieses Szenario ist dadurch geprägt, dass sich zwar eine gewisse Erholung nach dem Konflikt ausbreitet, aber durch die anhaltende Unsicherheit mit mangelnden politischen Lösungen und unzureichenden Mitteln chronisch behindert wird. Es endet in einem Kreislauf der Stagnation, in dem die Bevölkerung zwar überlebt, aber keine echte Selbstbestimmung oder langfristige Stabilität erlangt.

In einer ersten Phase (0–2 Jahre) gelingt es nicht, eine dauerhafte Deeskalation zu erreichen. Es kommt lediglich zu einer brüchigen Ruhe, die immer wieder durch episodische Verstöße gegen die Waffenruhe unterbrochen wird. Diese immer wiederkehrenden Konflikte und Kämpfe führen dazu, dass die Hilfsorganisationen nicht konstant und flächendeckend arbeiten können. Dies resultiert in eingeschränkten und unregelmäßigen Hilfsgüterströmen, wodurch die humanitäre Notlage nie vollständig behoben werden kann und sich die Bevölkerung dauerhaft in einem Zustand der Unsicherheit befindet.

In einer zweiten mittelfristigen Phase (2–6 Jahre) ziehen die chronischen Probleme die Entwicklung in die Länge. Der Wiederaufbau beginnt, aber aufgrund fehlender umfassender Finanzierungszusagen und fortlaufender logistischer Hürden vollzieht er sich nur langsam, so dass nicht genügend Wohnraum bereitgestellt und die Wasser- und Stromversorgung nur zögerlich wiederhergestellt werden. Die stagnierende Wirtschaft und die ineffizienten Aufbauprozesse führen zu einer hohen Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, und zu einer prekären wirtschaftlichen Lage der Privathaushalte. Auch die anfänglichen Programme zur psycho-sozialen Unterstützung und Hilfe

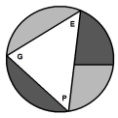


bleiben unzureichend, wodurch sich persistente Traumata in der Gesellschaft tief verwurzeln können. Diese Mischung aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit und anhaltendem psycho-sozialen Stress führt zu wachsender Frustration, starken sozialen Problemen und internen Spannungen innerhalb der Bevölkerung.

In der letzten längerfristigen Phase (6–15 Jahre) verfestigen sich die sozialen Missstände zu einer chronischen Krise der Abhängigkeit und Desintegration. Die fehlende Wiederbelebung einer autarken Wirtschaft und die anhaltende politische Blockade führen zu einer dauerhaften Abhängigkeit von externer Hilfe – sei es in Form von humanitären Transferleistungen oder Wiederaufbaugeldern. Der Mangel an starken und effektiven staatlichen Institutionen führt zu einer sozialen Fragmentierung: Die Bevölkerung organisiert sich primär über informelle Netzwerke wie Kommunen und Clans, die die Basisversorgung und Sicherheit übernehmen, während die zentrale staatliche Autorität abwesend bleibt oder verfällt. Die fehlenden Perspektiven, die hohe Arbeitslosigkeit und die soziale Aussichtslosigkeit und Abhängigkeit verstärken schließlich die Fluchtneigung der jüngeren Generationen und das Land verliert langfristig seine qualifiziertesten Arbeitskräfte.

Das Pessimistische Szenario—Rückkehr zur Gewalt

In diesem Szenario schwindet die Hoffnung auf dauerhafte Deeskalation oder Frieden dahin, und die Region verfällt erneut in die Spirale von Krieg und Gewalt. Die fragile Waffenruhe zerbricht unter dem Gewicht neuer militärischer oder terroristischer Aktionen. Als Folge schließt Israel die kurz geöffneten humanitären Korridore in Gaza wieder und verschärft die Krise

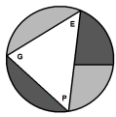


durch Unterversorgung der Zivilbevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und befeuert erneut den Vorwurf des gezieltes Aushungern.

Auf mittelfristiger Ebene führen die andauernden Kampfhandlungen und die damit verbundene Instabilität zu einem weiteren, tiefgreifenden Zerfall staatlicher und kommunaler Strukturen. Die Fähigkeit lokaler und nationaler Behörden, Grundversorgung und Sicherheit zu gewährleisten, erodiert vollständig. Das dadurch entstehende Vakuum wird von militanten und rivalisierenden Gruppen ausgenutzt, um ihre Macht auszubauen.

Dabei können die anhaltende Gewalt und die innenpolitischen Konflikte die Wahrscheinlichkeit einer regionalen Eskalation erhöhen und Nachbarstaaten, sei es durch grenzüberschreitende Angriffe, Flüchtlingswellen oder Stellvertreterkriegen, miteinbeziehen. Abgesehen von der Ausweitung der unmittelbaren Konfliktzone, entsteht hier ein Teufelskreis der Generationen, die inmitten von Hass und Zerstörung aufwachsen und jede Chance auf zukünftige Versöhnung verschlossen bleibt. Die Region bleibt auf Jahrzehnte instabil, in der zyklische Gewaltausbrüche die Norm werden und keine Seite dauerhaften Frieden oder Sieg erringen kann: ein schwerer Rückschlag für den regionalen Frieden auf unbestimmte Zeit und der Beginn einer Ära der chronischer Unsicherheit.

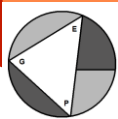
Dr Rodolfo Valentino is a Director of the Independent European Sociological Research institute (EUROSOR; www.facebook.com/eurosor/), and a Director of the Spanish branch based in Santander of the European Institute for Studies on Migration, Social Inclusion and Intercultural Learning (IEM), Bonn, Germany (<https://migrapolis.de/bim-e-v/>; www.linkedin.com/in/drrodolfovalentino/). He is also responsible for his



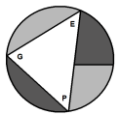
and others' IEM publications on ResearchGate and Academia (e.g. <https://independent.academia.edu/RodolfoValentino>).
eurosor.iem@gmail.com psciocura.valentino@gmail.com.

Endnoten

1. OCHA, *Humanitarian Situation Update #321 | Gaza Strip* United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), 10 September 2025; www.ochaopt.org/content/humanitarian-situation-update-321-gaza-strip.
2. Tarek Chouiref, 'Gaza death toll passes 62,000 as Israel continues to target civilians, aid seekers—Famine-linked deaths reach 263, including 112 children, amid ongoing Israeli siege on the enclave' *Anadolu Agency* (AA), 19 August 2025; www.aa.com.tr/en/middle-east/gaza-death-toll-passes-62-000-as-israel-continues-to-target-civilians-aid-seekers/3662683.
3. Zeynep Dierks, 'Monthly Palestinian fatalities and injuries in the Gaza War as of February 2026' *Statista*, 19 February 2026; www.statista.com/statistics/1616501/monthly-gaza-fatalities-injuries.
4. Ibid.
5. Guardian staff and agencies, 'Gaza death toll 40% higher than official number, Lancet study finds' *Guardian*, 10 January 2025; www.theguardian.com/world/2025/jan/10/gaza-death-toll-40-higher-than-official-number-lancet-study-finds.
6. See Airwars – The Civilian Harm Watchdog; <https://airwars.org>.
7. UN, 'OCHA: Humanitarian Situation Update #306—Gaza Strip' *United Nations—The Question of Palestine*, 16 July 2025; www.un.org/unispal/document/ocha-humanitarian-situation-update-306-gaza-strip.
8. Ibid.



9. Agence France-Presse (AFP), 'Gaza death toll 40 percent higher than recorded, Lancet study estimates' *France24*, 10 January 2025; www.france24.com/en/live-news/20250110-lancet-study-estimates-gaza-death-toll-40-higher-than-recorded.
10. Emma Farge, 'UN says countries are willing to help fund Gaza's \$70 bln reconstruction' *Reuters*, 14 October 2025; www.reuters.com/world/middle-east/un-says-states-willing-fund-gazas-70-bln-rebuild-2025-10-14/.
11. Amira Mohamed Taha et al, 'Addressing the mental health crisis among children in Gaza' *The Lancet* Vol. 11 Issue 4 April 2024, pp.249-250; www.thelancet.com/journals/lanpsy/article/PIIS2215-0366%2824%2900036-1.
12. Josef Federman & Samy Magdy, 'Israel resumes ceasefire in Gaza and says aid deliveries will restart Monday' *Associated Press News*, 20 October 2025; <https://apnews.com/article/israel-palestinians-hamas-war-news-10-19-2025-f3d95cf76018541ff824853d1bcd3356>.
13. WHO Health Emergencies Programme (WHE), *Estimating trauma rehabilitation needs in Gaza: September 2025 update* World Health Organization—occupied Palestinian territory, 2 October 2025; www.who.int/publications/m/item/estimating-trauma-rehabilitation-needs-in-gaza-september-2025-update?utm_source=chatgpt.com. / <https://cdn.who.int/media/docs/default-source/hq-whe/estimating-trauma-rehabilitation-needs-in-gaza-september-2025.pdf>.
14. Emma Farge, 'UN says countries are willing to help fund Gaza's \$70 bln reconstruction' *Reuters*, 14 October 2025; www.reuters.com/world/middle-east/un-says-states-willing-fund-gazas-70-bln-rebuild-2025-10-14/.



Bibliographie

Ambos, Kai: 'Genozid in Gaza? Was dafür spricht—und was dagegen?' *Juristische Fachzeitschrift*, Göttingen 2024.

Asseburg, Muriel / Busse, Jan: *Der Nahostkonflikt: Geschichte, Positionen, Perspektiven*. München 2024.

Baumgarten, Helga / Paech, Norman: *Völkermord in Gaza—Eine politische und rechtliche Analyse*. Berlin 2024.

Bartov, Omer: 'Genozidforscher über Gaza: „Jeder Genozid ist anders“. Interview mit Jannis Hagmann.' In: *taz.de*, 19. Januar 2024. Available at: <https://taz.de/Genozidforscher-ueber-Gaza/!5984116>.

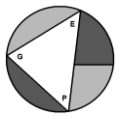
Dor, Daniel: *Journalism and the Narrative of the Israeli-Palestinian Conflict: The Silence of the Israeli Media*. Jerusalem/London 2004/2005.

Hafez, Kai / Tröger, Mandy: 'Der Gaza-Krieg, die deutschen Medien und die „falsche Seite der Geschichte“?' In: *KWI-Blog*, 15. Mai 2024. Available at: <https://blog.kulturwissenschaften.de/der-gaza-krieg-die-deutschen-medien-und-die-falsche-seite-der-geschichte>.

Hassen, Mansour: *HebaGaza-Konflikt: Eine kontrastiv-linguistische Untersuchung der Emotionalisierung*. Kairo 2024.

Mey, Stefan / Bax, Daniel: 'Mediale Darstellung des Nahostkonflikts in Deutschland.' In: *Journalist-Magazin*, 27. März 2024. Available at: www.journalist.de/aktuelles/meldung/nahostkonflikt-in-den-medien-daniel-bax-stefan-mey.

Pfeifer, Hanna / Weipert-Fenner, Irene / Williams, Timothy: 'Israel-Gaza jenseits des Genozid-Begriffs: Massengewalt gegen Zivilistinnen jetzt beenden.' In: *Wissenschaft & Frieden*, Jahrgang 42, Ausgabe 2, 2024, S. 30–32.



Available at: <https://blog.prif.org/2024/03/21/israel-gaza-jenseits-des-genozid-begriffs-massengewalt-gegen-zivilistinnen-jetzt-beenden>.

Swoboda, Sabine: 'Der Begriff Völkermord ist für Juristen zur Last geworden.' In: *Der Standard*, 29. Januar 2024. Available at: www.derstandard.at/story/3000000205166/der-begriff-voelkermord-ist-fuer-juristen-zur-last-geworden.

Schulz, Winfried: *Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien*. Freiburg/München 1976.

Taha, Amira / Taha, Mohamed Taha et al.: 'Addressing the mental health crisis among children in Gaza.' *The Lancet* Vol. 11, Issue 4 April 2024. 249–250.

WHO Health Emergencies Programme (WHE), *Estimating trauma rehabilitation needs in Gaza: September 2025 update*. World Health Organization—occupied Palestinian territory, 2 October 2025. Available at: <https://cdn.who.int/media/docs/default-source/hq-whe/estimating-trauma-rehabilitation-needs-in-gaza-september-2025.pdf>.

Zemmin, Florian (2025): 'Narrative im Nahostkonflikt: Neue Erzählungen für eine friedlichere Zukunft.' In: *Deutschlandfunk Nova* (Hörsaal), 17. Januar 2025. Available at: www.deutschlandfunknova.de/beitrag/narrative-im-nahost-konflikt-neue-erzaehlungen-fuer-eine-friedlichere-zukunft.

NB: Do you have any comments on Valentino's article? Please send these to info@ethnogeopolitics.org or through the contactform at www.ethnogeopolitics.org.